



**Freier Verband
Deutscher
Zahnärzte e.V.**

Landesverband Sachsen

FVDZ Sachsen e.V., Kohlenstr.2, 04107 Leipzig

Sächsische Staatskanzlei
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen
Herr Michael Kretschmer
Archivstr. 1

Kohlenstr. 2
04107 Leipzig

Tel.: (0341) 9 60 21 39
Fax: (0341) 9 60 21 40
E-Mail: fvdz.lvsachsen@web.de

01097 Dresden

Leipzig, 12.01.2022

Auswirkungen einer selektiven Impfpflicht für die zahnärztliche Versorgung in Sachsen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer,

als Vorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte e.V., Landesverband Sachsen wende ich mich heute mit der Bitte an Sie, die geplante selektive Impfpflicht für unsere zahnärztlichen Praxen zu überdenken und sich für deren Rücknahme stark zu machen.

Ihnen dürften die Fakten und Bedenken, die zu diesem Ansinnen führen, bekannt sein. Sehr deutlich dargelegt wird das im Schreiben der Zahnärztlichen Körperschaften in Sachsen zu diesem Thema vom 05.01.2022, welches ich vorsorglich beigelegt habe.

Die darin aufgeführten ersten aktuellen statistischen Zahlen und die daraus resultierenden Bedenken kann ich nur eindringlich bestätigen.

Viele Praxen haben bereits jetzt enorme personelle Schwierigkeiten. Viele Praxisinhaber sind kurz vor oder bereits im Rentenalter und halten ihre Praxen aus Verantwortung ihren Patienten gegenüber weiter in Betrieb.

Bei den vorliegenden Zahlen über die Ablehnung dieser selektiven Impfung, würde eine flächendeckende Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, nicht mehr gewährleistet werden können.

Nach vielen persönlichen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen, sowie dem Praxispersonal, kann ich nur bestätigen, dass etwa die Hälfte willens ist, den Beruf unter diesen Bedingungen zu beenden oder sich beruflich umzuorientieren.

Das kann nicht im Sinne dieser Verordnung sein, sehenden Auges einen Berufsstand zu gefährden! Für viele Kolleginnen und Kollegen steht damit in Kürze die berufliche Existenz auf dem Spiel!

Seit Pandemiebeginn muss sich die Zahnärzteschaft ständig neu behaupten. Erst die Verweigerung als Ärzte unter den staatlichen Rettungsschirm genommen zu werden, dann im zweiten Schritt die Verweigerung, die Zahnärzteschaft in die erste Prioritätsgruppe bei der Impffolge aufzunehmen, im Gegensatz zu allen anderen ärztlichen Berufsgruppen. Das sind nur Beispiele, die aber mehr und mehr für Unmut sorgen.

Ist Ihnen bewusst, dass in allen Zahnarztpraxen durch ein herausragendes Hygienemanagement, übrigens bereits auch vor der Pandemie, immer die Gesundheit und Versorgung der Patienten in vollem Umfang aufrechterhalten werden konnte?

Es gibt keinerlei Hinweise, dass unsere Praxen, trotz der berufsbedingten extremen Nähe zum Patienten, ein Pandemietreiber sind oder waren! Unser Hygienemanagement leistet hier doch „ganze Arbeit“.

Warum also soll unser Berufsstand mit diesem Hintergrundwissen, jetzt, wissenschaftlich völlig unbegründet, zu einer Impfung selektiv zwangsverpflichtet werden?!

Wenn schon eine Verpflichtung zur Schutzimpfung gegen Covid-19, dann doch bitte für alle!

Damit werden wir sicherlich die „Omikronwelle“ nicht mehr verhindern, aber es ist vielleicht eine Chance auf eine mittelfristige Verbesserung der pandemischen Situation.

Die Zahnärzteschaft und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hoffen auf konfliktlösende Maßnahmen.

Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte e. V., Landesverband Sachsen bietet Ihnen dazu jederzeit fachlichen Rat und Unterstützung an.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Uwe Tischendorf
Landesvorsitzender des FVDZ e.V. LV Sachsen

nachrichtlich an:
Staatsministerin Petra Köpping

Anlagen: Brief KZV und LZK Sachsen vom 05.01.2022 und E-Mail-Brief einer Mitarbeiterin vom 04.01.2022

Sächsische Staatskanzlei
Herrn Michael Kretschmer
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen
Archivstraße 1
01097 Dresden

**Kassenzahnärztliche
Vereinigung Sachsen**

**Landes Zahnärztekammer
Sachsen**

Körperschaften des
öffentlichen Rechts

Schützenhöhe 11
01099 Dresden

Auswirkungen der Impfpflicht auf die zahnärztliche Versorgungssituation im Freistaat Sachsen

ANSPRECHPARTNER
Dr. Weißig

TELEFON
0351 8053620

TELEFAX
0351 8053621

WEB
zahnaerzte-in-sachsen.de

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer,

die auf Bundesebene beschlossene alleinige Impfpflicht der Gesundheitsberufe hat in der Zahnärzteschaft in Sachsen zu einer erheblichen Unruhe geführt. Täglich erhalten wir besorgte, aber auch erboste Rückmeldungen, die uns dazu veranlassen, Sie über diesen Umstand in Kenntnis zu setzen.

Datum:
05.01.2022

Wir haben große Bedenken, dass eine alleinige Impfpflicht der Gesundheitsberufe zu einer irreversiblen Abwanderung von ungeimpftem Personal aus den Praxen bis hin zu Praxisschließungen führen wird. In den letzten Monaten gab es sehr hohe verwaltungstechnische Anforderungen bei der Einführung der Telematikinfrastruktur, die die Praxisinhaber vor mannigfaltige zeitaufwendige Probleme gestellt haben und welche nicht in deren Verantwortung lagen. Wenn nun zusätzlich eine verstärkte Abwanderung des Personals zu erwarten ist bzw. der Praxisinhaber selbst eine ablehnende Haltung zur Impfpflicht hat, besteht eine hohe Gefahr, dass diese Praxen schließen bzw. zur Schließung verpflichtet werden.

Die Impfpflicht führt nach den Rückmeldungen, die wir aus der Zahnärzteschaft erhalten, eben in der Regel nicht dazu, sich umgehend impfen zu lassen, sondern eher dazu, den Beruf zu wechseln bzw. die Praxen zu schließen.

Diese Aussage können wir durch eine aktuelle Umfrage der Landes Zahnärztekammer (LZK) Sachsen untermauern, die folgende Erkenntnis gebracht hat:

Von 2.570 Zahnarztpraxen in Sachsen haben bis dato 487 an der Umfrage teilgenommen. Von den an der Umfrage Teilnehmenden sind demnach ca. 25 % der Zahnärzteschaft und ca. 40 % der zahnärztlichen Mitarbeiter ungeimpft.

Die Frage: "Bei der Umsetzung der gesetzlich verankerten Impfpflicht ab 16.03.2022 rechne ich mit:

- einer Kündigung von Mitarbeitern oder
- einer deutlich eingeschränkten Tätigkeit"

haben jeweils mehr als die Hälfte der Teilnehmer bejaht.

Eine vorzeitige Praxisschließung mangels Personals geben 42 % und eine Praxisschließung durch ungeimpfte Praxisinhaber geben 26 % der Teilnehmer, in Summe 273 Praxen an.

Regional ausgewertet, ergeben sich durch ungeimpfte Zahnärzte und Personal absehbar ab 16.03.2022 Problemlagen in den Regionen Aue-Schwarzenberg, Bautzen, Dresden-Stadt, Chemnitz-Stadt, Leipzig-Stadt sowie durch vor allem ungeimpftes Personal in zahlreichen ländlichen Regionen (Sächsische Schweiz, Meißen, Weißeritzkreis, Leipziger Land, Zwickauer Land, Göltzschtalkreis, Freiberg).

Zur Veranschaulichung übersenden wir Ihnen außerdem einige exemplarische Schreiben an die KZV Sachsen (s. Anlage).

Eine Zuarbeit zur Situation im Bereich der zahnmedizinischen Fachangestellten ist mit Schreiben vom 30.12.2021 an Frau Staatsministerin Köpping durch die LZK Sachsen bereits erfolgt.

Neben Praxisschließungen und dem Arbeitsplatzverlust zahlreicher Praxismitarbeiter steht dann auch ganz zentral die Frage der Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung der sächsischen Bevölkerung im Raum, die besonders im ländlichen Raum von den Folgen getroffen würde.

In Sachsen gibt es Regionen, die in den nächsten fünf bis zehn Jahren von Unterversorgung bedroht sein werden. Hier arbeiten vorwiegend Zahnärztinnen und Zahnärzte in einem Alter über 60 Jahre. Wir sehen als Körperschaften die reale Gefahr, dass sich gerade in diesen Bereichen die Praxisinhaber durch die gegebene Situation überfordert fühlen und ihre Praxis eher als geplant aufgeben, was durch die o.g. Umfrage bestätigt wird. Es käme dadurch zur sofortigen Gefährdung einer flächendeckenden wohnortnahen zahnmedizinischen Versorgung der Bevölkerung in Sachsen.

Wir teilen Ihnen schon jetzt mit, dass es uns nicht möglich sein wird, diese Lücken zu schließen. Auch ist Ihnen sicher bekannt, dass bereits in vielen Praxen Personalengpässe bestehen und eine weitere Abwanderung des Personals nicht ausgeglichen werden kann.

Wir müssen Sie auffordern, sich im Sinne der Versorgung der sächsischen Bevölkerung dieses Themas anzunehmen. Der Perspektive, sich der Impfung durch einen Wechsel in einen anderen Beruf zu entziehen, kann die Politik nur durch eine allgemeine Impfpflicht begegnen. Will sie diesen Schritt nicht gehen (der ohnehin kurzfristig erfolgen müsste, denn einmal abgewandertes Personal kommt wahrscheinlich auch nicht mehr zurück), dann erwarten wir eine differenzierte Beurteilung des Sachverhaltes, die uns die Sicherstellung der Versorgung weiterhin ermöglicht.

Unabhängig davon, wie jeder Einzelne von uns zur Frage der Impfung steht, muss doch Folgendes berücksichtigt werden: Zahnarztpraxen haben aufgrund des exzellenten Hygienemanagements von Pandemiebeginn an und an vorderster Front als systemrelevante Berufsgruppe die zahnmedizinische Versorgung in vollem Umfang aufrechterhalten. Sie waren zu keinem Zeitpunkt der Pandemie Infektionstreiber und werden nun erneut in die Pflicht zur Impfung genommen, nur um diejenigen zu schützen, die zu einer Impfung nicht bereit sind.

Bitte seien Sie sich Ihrer Mitverantwortung bewusst.
Lassen Sie uns wissen, wie Sie die Situation bewerten und welche konfliktlösenden Maßnahmen Sie diesbezüglich planen.

Für ein kurzfristiges Gespräch oder weiterführende Informationen stehen Ihnen die zahnärztlichen Körperschaften jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Holger Weißig
Vorstandsvorsitzender der KZV Sachsen

Dr. Thomas Breyer
Präsident der LZK Sachsen

nachrichtlich an:
Frau Staatsministerin Köpping

Anlagen

Angele Paulus
Rudolf - Breitscheid-Str. 46
09376 Oelsnitz/Erz.
paulus.angele@gmail.com

Oelsnitz, den 04.01.2022

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrter Herr Gesundheitsminister Lauterbach,
sehr geehrte Abgeordnete des deutschen Bundestages,

ich muss mich heute persönlich an Sie wenden, weil ich zutiefst betroffen und besorgt bin über die Auswirkungen der ultimativen Einführung der Impfpflicht im Gesundheitswesen zum 16.03.22. Ich arbeite seit 30 Jahren in einer Zahnarztpraxis in der Kleinstadt Oelsnitz/Erz. Wir sind ein super Team, bestehend aus 5 zahnmedizinischen Fachangestellten, einer Rezeptionskraft und unserm Chef, der durch eigene Investitionen in Ausbildung und Weiterbildung unserer Mitarbeiter, dieses Team geformt hat. Seit 5 Jahren arbeitet der Sohn unseres Chefs, nach Abschluss seines Zahnmedizinstudiums in der Praxis, somit ist auch die Weiterführung gesichert. Wir versorgen circa 800-1000 Patienten im Quartal und sichern damit die zahnmedizinische Versorgung in unserem ländlichen Raum. Wie notwendig das ist, erleben wir immer häufiger, wenn Patienten nach einer langen vergeblichen Suche nach einem neuen Zahnarzt in unserer Praxis landen.

Wir sind froh, dass wir noch Kapazität haben diese Patienten anzunehmen. Seit Beginn der Pandemie arbeiten wir unter Einhaltung eines aktualisierten Hygienekonzeptes an vorderster Front uneingeschränkt am Patienten. Arbeitsbedingt sind wir ja immer direkt im Mund unserer Patienten tätig. Seitdem hat sich in unserer Praxis keiner am Patienten angesteckt oder umgekehrt. Wir halten die vorgegebenen Hygienestandards und Testpflichten ein.

In unserem Team sind 4 Leute geimpft, 2 genesen und 2 ungeimpft.

Gestern wurden wir von unserem Chef informiert, dass er ab 16.03.22 keinen Ungeimpften Mitarbeiter mehr beschäftigen darf.

Das würde bedeuten 4 Helferinnen dürfen nicht mehr arbeiten!

Damit kann ab dem 16.03.22 kein geordneter Praxisablauf mehr gewährleistet werden.

Bei allem Verständnis für Infektionen verhindernde Maßnahmen kann das aber am Ende nicht dazu führen, dass die sowieso schon knappe medizinische Grundversorgung nun noch mehr geschwächt wird. Dabei will ich gar nicht daran denken, was diese Verordnung in Krankenhäusern und Pflegeheimen auslösen wird. Noch unbegreiflicher erscheint mir diese ultimative Verordnung als ich gelesen habe, dass sie befristet bis 31.12.22 gilt. Das heißt also am 16.03.22 schmeißen wir ungeimpfte Mitarbeiter raus und hoffen dann, dass sie am 01.01.23 wieder in den Beruf zurückkehren? Ich glaube dass, diese Rechnung nicht aufgeht, wie ja das Beispiel aus der Gastronomiebranche zeigt.

Nun weiß ich ja, dass Ihre Regierung argumentiert, dass ja jeder kostenlos die Möglichkeit zur Impfung hat. Das ist richtig, ich selbst bin geimpft und habe für mich entschieden, dass ich mich impfen lasse. Aber auch ich bin immer wieder verunsichert durch das manchmal nicht nachzuvollziehende Manövrieren der politisch Verantwortlichen durch diese Pandemie.

Und genau dass, sind die Gründe meiner Kolleginnen, die sie bis heute davon abhalten sich impfen zu lassen.

Wenn die Impfung das Instrument zur Einschränkung der Pandemie ist, warum dann keine Impfpflicht für alle?!

Nein, das wird nun abgewälzt auf die Gruppe der medizinischen Mitarbeiter, die sich ja durch ihre Ausbildung eigentlich schon immer an Hygienemaßnahmen halten, die 2 Jahre lang durchgehalten haben und alle, ob geimpft oder ungeimpft versorgt haben! Die allein werden nun in ihrer persönlichen Entscheidungsfreiheit beschnitten und bekommen Beschäftigungsverbot mit der Begründung, ihre Patienten müssten geschützt werden.

Aber die Patienten, die auch auf unseren Stühlen sitzen und trotz Risikogruppenzugehörigkeit nicht bereit sind, sich selber zu schützen durch die Impfung, dürfen von ihrem Recht der freien Entscheidung weiter Gebrauch machen.

Das ist der falsche Ansatz um Menschen zur Impfung zu motivieren, im Gegenteil zu meinem eigene Erschrecken sind langjährige Mitarbeiterinnen, die ihren Beruf lieben mittlerweile so frustriert und enttäuscht von den politischen Entscheidungen, dass sie lieber den persönlichen Nachteil des Jobverlusts in Kauf nehmen.

Ich kann mich da aber nicht hinstellen und sagen, na sind ja selber schuld, könnten sich ja impfen lassen, **nein ich kann sie verstehen** und das ist auch die Motivation für meinen Brief.

Bitte versetzen Sie sich als verantwortliche Entscheidungsträger in die Situation meiner Kolleginnen!

2 Jahre lang hat keiner gefragt, wie sie klar kommen mit dem erhöhten Infektionsrisiko, 2 Jahre lang haben sie trotz Homeschooling, was viele ja zusätzlich meistern mussten, ihre Arbeit täglich geleistet, 2 Jahre haben sie selbstverständlich ohne Unterschiede jeden behandelt und nun sollen Sie persönlich dazu verpflichtet werden, dazu beizutragen die erforderliche Impfquote zu erreichen?

Das kann nicht der richtige Weg sein!

Darum bitte ich Sie dringend Ihre Möglichkeiten zu nutzen um die Entscheidung des deutschen Bundestags zurückzunehmen.

Fangen Sie endlich an unserm Gesundheitswesen die Beachtung und Wertschätzung zu geben, die es verdient hat. Immer wieder neue Auflagen und Standards, finanzielle Beschneidungen, aufgeblähte Bürokratie, Mitarbeiter einsparungen und eine nicht leistungsgerechte Vergütung erhöhen permanent den Druck auf Praxen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen und müssen beendet werden.

Jeder von uns, auch Sie möchten im Notfall gut versorgt werden, darum muss wieder der Mensch als Patient **und Mitarbeiter** bei allen Planungen für die medizinische Versorgung im Mittelpunkt stehen.

Beenden Sie in der Kommunikation Ihrer Entscheidungen diese unsägliche Einteilung in Gruppen (Ungeimpfte-Geimpfte), das wird die Spaltung der Gesellschaft nur noch vorantreiben.

Wir alle sind betroffen darum ist es notwendig durch kluge und weise Entscheidungen, durch Einbeziehung aller, auch unterschiedlicher wissenschaftlicher Auffassungen, endlich eine nachvollziehbare Strategie aufzuzeigen, wie wir aus dieser Pandemie rauskommen.

Ich hoffe auf Ihr Eingreifen in dieser so zugespitzten Situation und erwarte, dass Sie an einer anderen Lösung, als einer Impfpflicht für medizinisches Personal arbeiten und darauf, dass wir auch über den 16.03.22 weiter als Team unsere Patienten versorgen dürfen !!

Dazu wünsche ich Ihnen viel Weisheit für alle Entscheidungen, damit Sie deren Tragweite im voraus erkennen und sie darum wohlbedacht treffen.

Gott segne unsere Regierung und unser Land !

Mit freundlichen Grüßen

Angele Paulus